

FAU - 06.08.02

It's time to Organize

Folgende Voraussetzungen solltest Du erfüllen, damit wir zusammen passen:

- ☐ Du bist Arbeiter, Arbeiterin, angestellt, freiberuflich, erwerbslos, gehst zur Schule oder studierst und machst keinen Job, in dem Du andere Menschen einstellt oder feuerst (kein Arbeitgeber).
- ☐ Du arbeitest nicht bei staatlichen Repressionsorganen.
- ☐ Du hast unsere Statuten und unsere Prinzipienerklärung gelesen und kannst ihnen zustimmen.

Melde dich bei der nächstgelegenen Ortsgruppe oder dem zuständigen Syndikat, dort kannst Du in die FAU eintreten.

Keine Ortsgruppe in deiner Stadt?

Dann gründet doch selbst eine (ab 3 Personen möglich). Ortsgruppen/Syndikate können auf den Regionaltreffen in die FAU eintreten. Wann diese stattfinden könnt ihr bei der nächsten Ortsgruppe oder der GeKo ([geko\(a\)fau.org](mailto:geko(a)fau.org)) erfahren.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 5 Euro im Monat, in manchen Syndikaten 1% vom Nettolohn.

Mitglieder die sich in Haft befinden sind für diese Zeit vom Beitrag befreit.

Weitere Informationen



[Statuten der FAU-IAA 2004](#) (pdf, 33 kB)

[Prinzipienerklärung der FAU-IAA](#) (pdf, 180 kB)

[FAU-IAA Selbstdarstellungs Flyer](#) (pdf, 221 kB)

Hintergrundmaterial

[FAU - Anarcho-Syndikalismus](#) (html)

[Prinzipienerklärung des Syndikalismus](#) (1919) von Rudolf Rocker (html)

[FAU Texte Archiv](#)

IAA

[IAA-Statuten auf arabisch](#) (html)

[IAA-Statuten auf farsi \(persisch\)](#) (html)

[IAA-Statuten auf englisch](#) (html)

Organisationsstatut der FAUD (A.-S.)

Zusammensetzung, Zweck und Sitz

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalistin) setzt sich zusammen aus Industrieföderationen (Gewerkschaftsbünden) und solchen Organisationen (Ortsvereinen oder Betriebsvereinen; letztere haben sich zu Ortsvereinen zusammenzuschließen), für die eine Föderation noch nicht besteht, soweit diese sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen

gerichteten Tageskampf führen wollen und die Bestrebungen sich zu eigen machen, die in der Prinzipienerklärung ihren Ausdruck finden.

Zur FAUD (A.-S.) können nicht gehören solche Gewerkschaften die den Klassenkampf verleugnen und statt der Gegensätzlichkeit eine Gemeinschaft der Interessen zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse anerkennen und erstreben.

Die FAUD (A.-S.) bezweckt die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder. Sie lehnt jede parteipolitische Beeinflussung und Tätigkeit ab.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. Einheitlichen Zusammenschluss aller zu bestimmten Berufen, Gewerben und Industrien gehörenden Mitglieder in Industrieföderationen zu gemeinsamem Handeln im Rahmen ihrer beruflichen, gewerblichen oder industriellen Interessen;
2. Erzielung möglichst günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen;
3. Durchführung der für die Verbesserung der Lebenslage und Regelung des gewerkschaftlichen Lebens gefassten Beschlüsse;
4. Einwirkung auf die soziale Entwicklung im Interesse der Arbeiterschaft und Erkämpfung eines ausgeprägten Mitbestimmungsrechts in allen Fragen des gewerblichen Lebens;
5. Gewerkschaftliche, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Belehrung der Mitglieder in Wort und Schrift;
6. Herausgabe des Organisationsorgans,
7. Bildung von Jugend- und Lehrlingssektionen und Einwirkung auf das Lehrlingswesen;
8. Aufstellung von Statistiken in den einzelnen Berufen, Gewerben und Industrien;
9. Pflege der Solidarität unter der Gesamtmitgliedschaft und der Kollegialität unter den Angehörigen der einzelnen Berufe.

Ferner dient den Zwecken der FAUD (A.-S.):

1. Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen;
2. Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz bei allen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und der Sozialversicherung. Der Sitz der FAUD (A.-S.) ist Berlin.

II. Mitgliedschaft

Mitglied der FAUD. (A.-S.) kann jede Arbeiterin und jeder Arbeiter sowie Angestellte werden. Die Erwerbung der Mitgliedschaft erfolgt nach Maßgabe der Berufszugehörigkeit am Wohn- bzw. Arbeitsort. Einzelmitglieder schließen sich dem nächstliegenden Ortsverein oder der Geschäftsleitung ihrer Industrieföderation an.

Bei Eintritt sind ein Eintrittsgeld in Höhe von ... Mark und zwei Wochenbeiträge sofort zu zahlen. Mitglieder, die von anderen gewerkschaftlichen Organisationen übertreten, sind vom Eintrittsgeld befreit, wenn sie dort ihre Verpflichtungen erfüllt haben.

III. Beitrag

Unter allen Umständen ist jeder Ortsverein verpflichtet, mindestens einen Stundenlohn als ordentlichen Wochenbeitrag von den beschäftigten Mitgliedern das ganze Jahr hindurch zu erheben, der durch Einkleben der Beitragsmarke in das Mitgliedsbuch bestätigt wird. Bei Saisonarbeitern kann die Zahl der Beitragswochen beschränkt und in die Zeit der Arbeitsmöglichkeit verlegt werden. Auf alle Fälle muss der Beitrag im Jahre mindestens die Höhe eines ganzen Wochenlohnes erreichen. Der Wochenbeitrag darf jedoch nicht unter 50 Pf. betragen.

Dieser ordentliche Beitrag darf zu keinem anderen Zweck als zur Pflege der Organisation, für Bildungswesen, Propaganda, Solidarität bei Streiks und Aussperrungen, Unterstützung Gemaßregelter und für Rechtsschutz verwendet werden. Für alle etwaigen weiteren Unterstützungen sind Extrabeiträge zu erheben.

IV. Austritt und Ausschluss

a) Austritt : Der Austritt aus der FAUD (A.-S.) ist zu jeder Zeit gestattet,

b) Ausschluss : Der Ausschluss eines Mitgliedes kann durch die Mitgliederversammlung seines Ortsvereins erfolgen, wenn es

1. sich beharrlich weigert, den Organisationsbeschlüssen nachzukommen;
2. mit dem regelmäßigen Beitrag, ohne Stundung erhalten zu haben, länger als acht Wochen im Rückstande ist;
3. Handlungen begeht, die die Interessen der FAUD (A.-S.) schädigen und ihren Grundsätzen zuwiderlaufen.

Den Ausgeschlossenen steht das Recht der Appellation an die für sie zuständigen Arbeitsbörsen zu.

Ortsvereine, die dauernd den Kongressbeschlüssen zuwiderhandeln, müssen aus der FAUD (A.-S.) ausgeschlossen werden. Arbeitsbörsen. und Industrieföderationen können solche Gruppen aber nur aus ihrem engeren Organisationsrahmen ausschließen. Sie haben dies der Geschäftskommission nebst Begründung zu melden.

Von der Abführung der Pflichtbeiträge an die ausschließenden Instanzen befreit sie indes der schwebende Streit nicht.

Ein gänzlicher Ausschluss von Organisationen aus der FAUD (A.-S.) kann nur auf einem Reichskongress erfolgen. In dringenden Fällen kann auf Antrag auch der Reichsrat einen solchen Ausschluss beschließen.

V. Pflichten der Mitglieder

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich im Sinne der Satzungen, der Kongress Föderations-, Arbeitsbörsen- und Ortsvereinsbeschlüsse zu betätigen.

VI. Erlöschen der Mitgliedschaft

Weder während der Mitgliedschaft noch nach ihrem Erlöschen steht den einzelnen Mitgliedern oder ihren Rechtsnachfolgern ein Anspruch auf das Organisationsvermögen zu.

VII. Rechtsschutz

Die Pflege des Rechtsschutzes der Mitglieder in Streitfällen, die aus dem Arbeitsverhältnis und der gewerkschaftlichen Propaganda erwachsen, sowie solchen, die aus dem Krankenkassen-, Alters- und Invaliditäts- sowie Unfallversicherungs- oder Knappschaftsgesetz entspringen, ist zunächst Aufgabe der einzelnen örtlichen Organisationen. Gehen aber die geistigen wie finanziellen Anforderungen, die eine gründliche Durchführung einer Klage erheischt, über die Kräfte eines Ortsvereins hinaus, dann hat dieser

1. der Ortsbörse (wo eine solche besteht) den Fall vorzutragen, und diese nimmt sich der Klage an, wenn sie begründet ist. Für die finanzielle Durchführung haben dann alle Ortsvereine des Börsenbezirks gemeinsam prozentual ihres Mitgliederbestandes einzustehen;
2. Ortsbörsen sowie isoliert stehende Ortsvereine, also solche, an deren Ort keine Börse besteht, haben sich im Unvermögensfalle an ihre zuständige Kreisarbeitsbörse zu wenden;
3. Die Kreisarbeitsbörsen wenden sich an ihre zuständigen Provinzarbeitsbörsen, und diese, wenn auch sie nicht mehr helfen können, wenden sich an die Geschäftskommission, welche dann, wie in der Unterstützung von Streiks, so auch in der Rechtsschutzfrage handelt.

VIII. Streiks und Aussperrungen und Ihre Unterstützung

Die Vorbereitungen zu Lohnbewegungen haben in den Mitgliederversammlungen zu geschehen. Umfasst eine Lohnbewegung einen größeren Bezirk, dann haben alle an ihr beteiligten Organisationen der FAUD (A.-S.) die Pflicht in besonderen gemeinsamen Konferenzen Richtlinien über die Führung der Bewegung aufzustellen. Bei Streiks und Maßregelungen wird die Unterstützung vom ersten Tage an bezahlt. Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach der Höhe des Beitrages. Sie darf jedoch in keinem Fall den dreieinhalbfachen Wochenbeitrag pro Tag übersteigen, der innerhalb eines Bezirkes durchschnittlich geleistet wird. Wenn ein Gemaßregelter durch Gewinnen eines Prozesses den Lohn in Höhe der doppelten Unterstützung erhält, so hat er das Mehr an die Organisation zurückzuerstatten.

Gemaßregeltenunterstützung wird nur so lange gezahlt, bis die Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt.

Jeder Ortsverein hat, um ein gemeinsames Zusammenwirken von vornherein zu gewährleisten, wenn er in einen Angriffs- oder Abwehrstreik eintreten will oder ausgesperrt werden soll, dieses möglichst frühzeitig der Geschäftsleitung seiner zuständigen Kreis- oder Provinzarbeitsbörse zu melden und über alle Einzelheiten, die hierbei in Frage kommen. Auskunft zu erteilen.

Bei jedem Streik, der nach kurzer Zeit vom Ortsverein selbst nicht mehr getragen werden kann und auf Solidarität gestützt wird, ist der Ortsverein nur dann zum Empfang der Solidarität berechtigt, wenn er seinen Verpflichtungen gerecht geworden ist, d.h. wenn alle am Streik Beteiligten schnellstens durch ihre Funktionäre der zuständigen Arbeitsbörse gemeldet werden und fortlaufend wöchentlich über die Streikbeteiligung neu berichtet wird. Nur nach Erfüllung dieser Forderung kann Solidarität beansprucht werden und wird solche ausgegeben.

Die Ausübung der Solidarität geschieht zunächst aus den Mitteln des Ortsvereins selbst, wenn diese erschöpft sind, durch die Ortsbörse und darüber hinaus durch die Kreis- und Provinzarbeitsbörse. Nimmt ein Kampf aber größere Dimensionen an, so dass die zuständige Provinzarbeitsbörse allein nicht mehr in der Lage ist, die nötigen Unterstützungssummen in ihrem Wirkungskreis allein aufzubringen, dann wendet sich diese an die Geschäftskommission, die dann die Aufgabe hat, sämtliche Ortsvereine und Börsen zu gemeinsamer Solidarität aufzurufen. Die Solidaritätsgelder sind dann zwecks, Registrierung von den Ortsvereinen ihren zuständigen Provinzarbeitsbörsen oder Kreisbörsen zuzusenden und von diesen, mit Ausnahme derjenigen Börse, in deren Bereich der Kampf entbrannt ist, an die Geschäftskommission. Diese hat dann der betreffenden Provinzarbeitsbörse oder einer von dieser benannten Stelle die bei ihr eingelaufenen Gelder zu übermitteln, die nur als Solidaritätsgelder und nicht als Darlehen zu betrachten sind.

Jeder im Kampf stehende Ortsverein hat wöchentlich seiner Kreis- bzw. Provinzarbeitsbörse, der Geschäftskommission und den Geschäftsleitungen der Industrieföderationen einen genauen Bericht über die Zahl der Streikenden, die Höhe der Unterstützung, die Erhebung von Extrabeiträgen sowie über den Verlauf des Kampfes zu geben.

Nach Beendigung solcher Streiks und nach erfolgter Abrechnung sind die überschießenden Beträge der Geschäftskommission zur Verwendung bei späteren Kämpfen zu überweisen.

Grundsätzlich wird von jedem Ortsverein erwartet, dass er alles aufbietet, seine Kämpfe mindestens 14 Tage selbst unterstützen zu können. Reichen hierzu die regelmäßigen Wochenbeiträge nicht aus, so hat der Ortsverein möglichst vorher Extrabeiträge zu erheben und solche auch während des Kampfes von etwa in Arbeit Stehenden zahlen zu lassen.

Streikunterstützung aus Organisationsmitteln darf nur an Mitglieder gezahlt werden, die der Organisation mindestens 3 Monate (13 Wochen) angehören und ihre Verpflichtungen erfüllt haben.

Bei Massen- oder Generalstreiks aus wirtschaftlichen oder politischen Ursachen wird finanzielle Unterstützung nicht gewährt.

Jeder selbständige Ortsverein ist verpflichtet, sich einen Solidaritätsfonds zu schaffen, durch welchen es möglich ist, bei einem Solidaritätsaufruf sofort das nötige Geld, mindestens aber einen Stundenlohn pro Mitglied der aufrufenden Körperschaft zur Verfügung stellen zu können.

Ortsvereine, welche sich an der Unterstützung der Kämpfe trotz finanzieller Möglichkeit ihrerseits nicht beteiligen, haben kein Recht, die Solidarität anderer Organisationen in Anspruch zu nehmen und können eventuell durch Kongressbeschluss aus der FAUD (A.-S.) ausgeschlossen werden.

Um mit der streikenden Organisation in engster Fühlung zu sein und allen etwa von außen an sie ergehenden Anfragen genügen zu können, ist diese verpflichtet, die Geschäftsleitung der Orts-, Kreis- oder Provinzarbeitsbörse zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen. Diese hat aber nur beratende Stimme und kann für die Beschlüsse solcher Sitzungen nicht verantwortlich gemacht werden.

IX. Gliederung

Die Organisationen in jedem Orte sind möglichst nach Industrien aufzubauen. Handelt es sich um Großbetriebe, dann benennt sich die Organisation nach dem Industriezweig, dem der Betrieb vorwiegend dient, so z.B. nach der Bau-, Bergwerks-, Bekleidungs-, Holz-, der keramischen, Metall- oder chemischen Industrie, dem graphischen oder Verkehrsgewerbe; nach der Nahrungsmittel-, Wasser-, Gas- oder Elektrizitätsversorgung, der Landwirtschaft usw.

In kleineren Orten und überall dort, wo vorerst nur wenige Mitglieder vorhanden sind, die der FAUD (A.-S.) angehören wollen, schließen sich diese der Föderation an, aus deren Industrie sich der größte Prozentsatz rekrutiert. In Vereinigungen aller Berufe sind diejenigen Hand- und Kopfarbeiter zusammenzufassen, für die eine besondere Industrieföderation am Orte noch nicht besteht.

Wenn aber in diesen Sammelstätten eine größere Anzahl von Angehörigen derselben Industrie vertreten sind, bilden diese, falls sie sich stark genug dazu fühlen, eine selbständige Organisation für die betreffende Industrie. Mangelt es aber an den Voraussetzungen, die für eine selbständige Organisation nötig sind, dann formieren diese Mitglieder innerhalb der Vereinigung aller Berufe eine Sektion und schließen diese der zuständigen Industrieföderation an.

1. Industrieföderationen

Alle Vereinigungen derselben Industrie bilden für sich eine Industrieföderation für das ganze Reich. Ausführendes Organ der Föderation ist die auf der Föderationskonferenz gewählte Geschäftsleitung.

Die Industrieföderationen erkunden in erster Linie mit Hilfe ihrer Geschäftsleitungen die in ihrer Industrie herrschenden Arbeitsmethoden, Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse. Sie suchen die Art der Produktionsweise zu ergründen, ebenso die Bezugsquellen der Rohprodukte und deren Gewinnung, die Absatzgebiete der Fertig- und Halbfertigfabrikate usw. und suchen an Hand gemachter Erhebungen und Studien den Mitgliedschaften durch Wort und Schrift das nötige Wissen zu vermitteln, bei ihnen das Klassenbewusstsein zu fördern und gegebenenfalls die zweckentsprechende Kampfeskampftaktik zu empfehlen.

Die Industrieföderationen verbinden sich miteinander zu einer Arbeitsgemeinschaft. Sie wählen zu diesem Zweck auf ihren Reichskonferenzen je einen Vertreter und einen Stellvertreter in den "Reichsrat der Industrieföderationen" zu dem Zweck gemeinsamen Handelns bei unvorhergesehenen Fragen.

2. Arbeitsbörsen

Bestehen an einem Ort oder in einem engeren Bezirk mehrere Ortsvereine, die der FAUD (A.-S.) angehören, so haben sich diese zu einer Arbeitsbörse (Gewerkschaftskartell) zusammenzuschließen, deren Aufgabe es ist, die örtlichen Interessen aller ihr angeschlossenen Organisationen und Mitglieder jederzeit zu beraten und für diese gemeinsam einzutreten.

An jedem Ort darf nur eine Arbeitsbörse bestehen.

Die Arbeitsbörsen schließen sich zu Kreisarbeitsbörsen, darüber hinaus zu Provinzarbeitsbörsen zusammen. Eine Provinzbörse kann nur aus Kreisbörsen gebildet werden. Jede Arbeitsbörse wählt sich auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Konferenz zur Verwaltung ihrer Obliegenheiten eine Geschäftsleitung.

Die Provinzarbeitsbörsen sehen in der Geschäftskommission die Reichsverbindungsstelle sämtlicher Börsen. Sie haben die Aufgabe, mit der Geschäftskommission gemeinsam für die Intensivste Agitation zu sorgen, die Organisationen geistig und agitatorisch anzuregen und diesen mit Rat und Tat jederzeit zur Seite zu stehen, sich bei Streiks und Aussperrungen für die nötige Solidarität einzusetzen und diese den bedürftigen Stellen zu vermitteln. Gegebenenfalls haben sie auch dem Rechtsschutz zu dienen.

Der Verkehr aller zu einer Provinzarbeitsbörse zusammengeschlossenen Ortsvereine mit der Geschäftskommission geschieht in genannten Fragen nur durch ihre zuständige Kreis- oder Provinzarbeitsbörsen-Geschäftsleitung. Bei der Wahl der Geschäftsleitungen der Provinzarbeitsbörsen ist möglichst darauf zu achten, dass Angehörige von allen vorhandenen Industrieföderationen darin vertreten sind.

X. Verwaltung der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.)

Beschließende und ausführende Organe der FAUD (A.-S.) sind:

1. die Generalversammlungen der Ortsvereine;
2. die Vorstände der Ortsvereine und Ortsbörsen;
3. die Konferenzen der Provinz- und Kreisarbeitsbörsen sowie die Vollversammlungen der Ortsarbeitsbörsen,
4. die Konferenzen der Industrieföderationen;
5. die Geschäftsleitungen der Provinz- und Kreisarbeitsbörsen;
6. die Geschäftsleitungen der Industrieföderationen;
7. der Reichsrat der Industrieföderationen und Provinzarbeitsbörsen;
8. die Geschäftskommission;
9. der Kongress.

XI. Funktionäre

Jeder Wahlkörper, der Funktionäre der FAUD (A.-S.) wählt, hat jederzeit das Recht, die von ihm gewählten Funktionäre wieder zurückzuziehen und Neuwahlen vorzunehmen. Werden gegen einen Funktionär ehrenrührige Beschuldigungen erhoben und ist die Einberufung des Wahlkörpers nicht sofort möglich, dann entscheidet bis zum Zusammentritt des Wahlkörpers seine Mitgliedschaft durch Urabstimmung. Auch eine sich notwendig machende Neuwahl wird in diesem Falle durch Urabstimmung vorgenommen.

XII. Kongress

Der Kongress bildet die oberste Vertretung der FAUD (A.-S.). Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der angeschlossenen selbständigen Ortsvereine.
2. Die Funktionäre der Geschäftskommission und ein Beisitzer, die Obleute der Revisoren und der Pressekommission. Diese haben in allen die geschäftliche Leitung der FAUD (A.-S.) betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Kongress prüft die Ausweise (Mandate) seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst. Der Abstimmungsmodus kann zweifacher Art sein:

Bei formellen Fragen wird durch Akklamation der Delegierten abgestimmt.

Bei prinzipiellen, programmatischen Fragen gilt folgende Regelung:

Jeder Ortsverein bis hundert Mitglieder hat eine Stimme. Jeder Ortsverein hat das Recht, für jede weiteren und angefangenen hundert Mitglieder einen weiteren Delegierten zu senden, der ebenfalls ein Stimmrecht hat. Sendet ein Ortsverein bei mehreren hundert Mitgliedern nur einen Delegierten, so hat dieser so viele Stimmen, wie er weitere angefangene hundert Mitglieder vertritt. Dies ist dahin zu verstehen, dass mindestens 25 weitere Mitglieder von den angefangenen hundert Mitgliedern vorhanden sein müssen.

Ein Beschluss wird jedoch den Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt, falls der Kongress es für notwendig befindet. Bei Urabstimmungen entscheidet die Anzahl der in den Ortsvereinen abgegebenen Stimmen.

Alle zwei Jahre mindestens findet ein Kongress statt, der von der Geschäftskommission einzuberufen ist.

Die Einberufung des Kongresses muss spätestens acht Wochen vor dem Termin der Tagung durch das Organ der FAUD (A.-S.) erfolgen.

Anträge für die Tagesordnung des Kongresses sind bei der Geschäftskommission einzureichen. Sie sind spätestens drei Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses durch das Organ der FAUD (A.-S.) bekannt zugeben.

Zu den Aufgaben des Kongresses gehört:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit der

Geschäftskommission, der Revisoren und der Pressekommission;
2. Beratung und Beschlussfassung über alle das Organisationsleben berührende Fragen;
3. Beschlussfassung über alle eingegangenen Anträge;
4. Wahl der Funktionäre der Geschäftskommission, der Obleute der Revisoren und der Pressekommission.
Ein außerordentlicher Kongress kann einberufen werden auf Antrag von mindestens 51 Prozent der angeschlossenen Ortsvereine.

XIII. Der Reichsrat

Der Reichsrat der FAUD (A.-S.) setzt sich zusammen aus je einem Vertreter jeder der vorhandenen Industrieföderationen, je einem Vertreter jeder bestehenden Provinzarbeitsbörse und den Mitgliedern der Geschäftskommission.

Die Vertreter der Industrieföderationen und der Provinzarbeitsbörsen werden auf den Konferenzen Ihrer Organisationen gewählt. Für diese Vertreter sind gleichzeitig auch je ein Ersatzmann zu wählen, der sofort einspringen kann für den Fall der Verhinderung des ordentlichen Vertreters bei einer einberufenen Tagung.

Die Funktion aller Reichsratsmitglieder gilt für die Dauer einer Kongressperiode.

Der Reichsrat tritt jährlich zu ordentlichen Tagungen zusammen, außerdem auch zu außerordentlichen Tagungen bei dringend wichtigen, tiefeinschneidenden Fragen. Die Einberufung der Tagungen geschieht durch die Geschäftskommission.

Außerordentliche Tagungen müssen einberufen werden, wenn die Geschäftskommission oder die Hälfte der anderen Reichsratsmitglieder dies für erforderlich hält.

Einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Reichsrats kann jede Industrieföderation und jede Provinzarbeitsbörse stellen. In diesem Falle hat die Geschäftskommission sofort die vorgenannte erforderliche Zustimmung der Reichsratsmitglieder einzuholen. Lehnen diese die antragsgemäße und begründete Einberufung ab, dann steht den Antragstellern das Recht zu, eine Urabstimmung der Ortsvereine zu verlangen, die die Geschäftskommission in kürzester Frist durchzuführen hat.

Aufgaben des Reichsrates sind: Klärung von Differenzen und allen strittigen Punkten bei innerorganisatorischen Angelegenheiten. Stellungnahme zu den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen des Tages, sobald es das Gesamtinteresse der FAUD (A.-S.) berührt. Erkundung und Herausarbeitung einer einheitlich einzuschlagenden Linie bezüglich der Propaganda und Agitation. Erörterung und Ergründung der auftauchenden Probleme der Zeit. Der Reichsrat ist befugt, je nach der Situation und in besonderen Fällen besondere Sachkundige zu seinen Beratungen zuzuziehen.

Der Reichsrat ist während einer Kongressperiode die höchste Instanz der FAUD (A.-S.). Er ist die beschließende und vollziehende Körperschaft in allen Fragen, sofern

die prinzipielle Grundlage der FAUD (A.-S.) dadurch keine Änderung erfährt. Für prinzipielle Änderungen ist nur der Kongress zuständig. Die Beschlüsse des Reichsrates sind ebenso wie Kongressbeschlüsse allgemeinverbindlich, also bindend für sämtliche Mitglieder der FAUD (A.-S.). Die Kosten des Reichsrates werden durch Umlage gedeckt.

XIV. Die Geschäftskommission

Die Geschäftskommission ist die oberste ausführende Instanz der FAUD (A.-S.). Diese hat die Pflicht, die Ideen der FAUD (A.-S.) in Wort und Schrift zu verbreiten und zu vertiefen, den organisatorischen Zusammenhalt der Gesamtbewegung zu pflegen, bei Streiks und Aussperrungen in Gemeinschaft mit den Geschäftsleitungen der Provinzarbeitsbörsen das solidarische Zusammenwirken aller der FAUD (A.-S.) angeschlossenen Organisationen zweckdienlich zu fördern und auf Durchführung der Kongressbeschlüsse zu achten.

Jeder der FAUD (A.-S.) angeschlossene Ortsverein hat an die Geschäftskommission zwecks Finanzierung ihrer Aufgaben für jedes Mitglied pro Woche 23 Pf. abzuführen. In diesem Beitrag sind enthalten für den Inhaftiertenfonds der FAUD (A.-S.) 0,5 Pf., für den internationalen Solidaritätsfonds 1,5 Pf., für die IAA. 1 Pf. Die Zahlungen haben monatlich a conto zu erfolgen. Allvierteljährlich erhält jede Ortsgruppe einen Kontoauszug von der Geschäftskommission, aus dem hervorgeht, was gezahlt und was etwa noch zu zahlen ist.

Die Geschäftskommission, die ihren Sitz in Berlin hat, besteht aus sieben Personen, und zwar einem Vorsitzenden, einem Kassierer, einem Schriftführer (Redakteur) und vier Beisitzern. Die Wahl der drei Erstgenannten erfolgt durch den Kongress mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. In die Geschäftskommission können nur Genossen gewählt werden, die wenigstens zwei Jahre Mitglieder der FAUD (A.-S.) sind. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen entfallen sind. Bei Stimmengleichheit wird die Wahl wiederholt. Stellt sich abermals Stimmengleichheit heraus, so wird ein dritter Kandidat zur Wahl aufgestellt.

Die vier Beisitzer sind der Kreisarbeitsbörse Groß-Berlin zu entnehmen. Sie dürfen nicht Angestellte irgendeiner Institution der FAUD (A.-S.) sein.

Die Geschäftskommission ist ein nicht eingetragener Verein gemäß § 54 des RGB. unter dem Namen: Geschäftskommission der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalistin).

Die Geschäftskommission hat im Interesse der FAUD (A.-S.) über die bei ihr eingehenden Gelder zu verfügen.

Zur Kontrolle der Kassen und Buchführung des Kassierers der Geschäftskommission sowie als Beschwerdekommision in diesen Angelegenheiten werden drei Revisoren gewählt. Hiervon wählt der Kongress den Obmann. Die Wahlen der weiteren zwei Revisoren (je einen) haben die Kreisarbeitsbörse Groß-Berlin und die

Provinzarbeitsbörse Sachsen zu vollziehen.

Scheidet ein auf dem Kongress gewähltes Mitglied der Geschäftskommission vor dem nächsten Kongress aus, so ist die Ersatzwahl durch den Reichsrat vorzunehmen.

An den Sitzungen der Geschäftskommission nehmen mit beschließender Stimme die sieben Mitglieder der Geschäftskommission und die Vertreter der Geschäftsleitungen der Föderationen teil.

XV. Organ

Organ der FAUD (A.-S.) ist "Der Syndikalist". Dieses wird von der Geschäftskommission herausgegeben.

THE PRINCIPLES OF REVOLUTIONARY UNIONISM (International Workers' Association - IWA)

1.- Revolutionary unionism, basing itself on the class struggle, aims to unite all workers in combative economic organizations, that fight to free themselves from the double yoke of capital and the State. Its goal is the reorganization of social life on the basis of Libertarian Communism via the revolutionary action of the working class. Since only the economic organizations of the proletariat are capable of achieving this objective, revolutionary unionism addresses itself to workers in their capacity as producers, creators of social wealth, to take root and develop amongst them, in opposition to the modern workers' parties, which it declares are incapable of the economic reorganization of society.

2.- Revolutionary unionism is the staunch enemy of all social and economic monopoly, and aims at its abolition by the establishment of economic communities and administrative organs run by the workers in the field and factories, forming a system of free councils without subordination to any authority or political party, bar none. As an alternative to the politics of State and parties, revolutionary unionism posits the economic reorganization of production, replacing the rule of man over man with the administrative management of things. Consequently, the goal of revolutionary unionism is not the conquest of political power, but the abolition of all state functions in the life of society. Revolutionary unionism considers that along with the disappearance of the monopoly of property, must come the disappearance of the monopoly of domination; and that no form of State, however camouflaged, can ever be an instrument for human liberation, but that on the contrary, it will always be the creator of new monopolies and new privileges.

3.- Revolutionary unionism has a two-fold function: to carry on the day-to-day revolutionary struggle for the economic, social and intellectual advancement of the working class within the limits of present-day society, and to educate the masses so that they will be ready to independently manage the processes of production and distribution when the time comes to take possession of all the elements of social life. Revolutionary unionism does not accept the idea that the organization of a social system based exclusively on the producing class can be ordered by simple governmental decrees and maintains that it can only be obtained through the common action of all manual and intellectual workers, in every branch of industry, by self-management of the workers, such that every group, factory or branch of industry is an autonomous member of the greater economic organism and systematically runs the production and distribution processes according to the interests of the community, on an agreed upon plan and on the basis of mutual accord.

4.- Revolutionary unionism is opposed to all organizational tendencies inspired by the centralism of State and Church, because these can only serve to prolong the survival of the State and authority and to systematically stifle the spirit of initiative and the independence of thought. Centralism is an artificial organization that subjects the so-called lower classes to those who claim to be superior, and that leaves in the hands of the few the affairs of the whole community -the individual being turned into a robot with controlled gestures and movements. In the centralized organization, society's good is subordinated to the interests of the few, variety is replaced by uniformity and personal responsibility is replaced by rigid discipline. Consequently, revolutionary unionism bases its social vision on a broad federalist organization; i.e., an organization organised from the bottom up, the uniting of all forces in the defense of common ideas and interests.

5.- Revolutionary unionism rejects all parliamentary activity and all collaboration with legislative bodies; because it knows that even the freest voting system cannot bring about the disappearance of the clear contradictions at the core of present-day society and because the parliamentary system has only one goal: to lend a pretense of legitimacy to the reign of falsehood and social injustice.

6.- Revolutionary Unionism rejects all political and national frontiers, which are arbitrarily created, and declares that so-called nationalism is just the religion of the modern state, behind which is concealed the material interests of the propertied classes. Revolutionary unionism recognizes only economic differences, whether regional or national, that produce hierarchies, privileges and every kind of oppressions (because of race, sex and any false or real difference), and in the spirit of solidarity claims the right to self-determination for all economic groups.

7.- For the identical reason, revolutionary unionism fights against militarism and war. Revolutionary unionism advocates anti-war propaganda and the replacement of standing armies, which are only the instruments of counter-revolution at the service of the capitalism, by workers' militias, which, during the revolution, will be controlled by the workers' unions; it demands, as well, the boycott and embargo of all raw materials and products necessary to war, with the exception of a country where the workers are in the midst of social revolution, in which case we should help them defend the revolution. Finally, revolutionary unionism advocates the preventive and revolutionary general strike as a means of opposing war and militarism.

8.- Revolutionary unionism recognizes the need of a production that does not damage the environment, and that tries to minimize the use of non-renewable resources and uses, whenever possible, renewable alternatives. It does not admit the ignorance as the origin of the present-day environmental crisis, but the thirst for earnings. Capitalist production always seeks to

minimize the costs in order to get more earnings to survive, and it is unable to protect the environment. To sum up, the world debt crisis has speeded up the tendency to commercial harvest to the detriment of the subsistence agriculture. This fact has produced the destruction of the tropical forest, starvation and disease. The fight for saving our planet and the fight for destroying capitalism must be joint or both of them will fail.

9.- Revolutionary unionism asserts itself to be a supporter of the method of direct action, and aids and encourages all struggles that are not in contradiction to its own goals. Its methods of struggle are: strikes, boycotts, sabotage, etc. Direct action reaches its deepest expression in the general strike, which should also be, from the point of view of revolutionary unionism, the prelude to the social revolution.

10.- While revolutionary unionism is opposed to all organised violence regardless of the kind of government, it realizes that there will be extremely violence clashes during the decisive struggles between the capitalism of today and the free communism of tomorrow. Consequently, it recognizes as valid that violence that may be used as a means of defense against the violent methods used by the ruling classes during the struggles that lead up to the revolutionary populace expropriating the lands and means of production. As this expropriation can only be carried out and brought to a successful conclusion by the direct intervention of the workers' revolutionary economic organizations, defense of the revolution must also be the task of these economic organizations and not of a military or quasi-military body developing independently of them.

11.- Only in the economic and revolutionary organizations of the working class are there forces capable of bringing about its liberation and the necessary creative energy for the reorganization of society on the basis of libertarian communism.

III. NAME OF THE INTERNATIONAL ORGANIZATION.

The international bond of struggle and solidarity that unites the revolutionary unionist organizations of the world is called the International Workers' Association (IWA).

IV. GOALS AND OBJECTIVES OF THE I.W.A.

The IWA has the following objectives:

a) To organize and press for revolutionary struggle in all countries with the aim of destroying once and for all the present political and economic régimes and to establish Libertarian Communism.

b) To give the economic unionist organizations a national and industrial base and,

where that already exists, to strengthen those organizations which are determined to fight for the destruction of capitalism and the State.

c) To prevent the infiltration of any political parties into the economic unionist organizations and to resolutely fight every attempt by political parties to control unions.

d) Where circumstances demand it, to establish through a course of action that is not in contradiction with a), b), and c), provisional alliances with other proletarian, union and revolutionary organizations, with the objective of planning and carrying out common international actions in the interest of the working class. Such alliances must never be with political parties, i.e., with organizations that accept the state as system of social organization. Revolutionary Unionism rejects the class collaboration that is characterized by the participation in committees organized under state corporate schemes (for example, in union elections for enterprise committees) and by the acceptance of subsidies, paid union professionals and other practices that can spoil the anarchosyndicalism.

e) To unmask and fight the arbitrary violence of all governments against revolutionaries dedicated to the cause of the Social Revolution.

f) To examine all problems of concern to the world proletariat in order to strengthen and develop movements, in one country or several, which help to defend the rights and new conquests of the working class or to organize the revolution for emancipation itself.

g) To undertake actions of mutual aid in the event of important economic struggles or critical struggles against the overt or covert enemies of the working class.

h) To give moral and material help to the working class movements in each country in which the leadership of the struggle is in the hands of the national economic organization of the proletariat.

The International intervenes in the union affairs of a country only when its affiliated organization in that country requests it or when the affiliate violates the general principles of the International.

Zwischen Revolution und Reform

Die Stellung der Freien Arbeiter Union Deutschlands FAUD zum Tarifvertragssystem

Die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" (FVdG), gegründet 1897, unterschied sich von den sozialdemokratisch dominierten Zentralverbänden u.a. dadurch, dass sie nicht nur grundsätzlich föderalistisch organisiert war (Selbständigkeit der einzelnen Ortsvereine), sondern auch dadurch, dass sie den revolutionären Sturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems anstrebten, statt Tarifpolitik zu betreiben. Statt Berufsinteressen sollten mittels direkter Aktionen Klasseninteressen vertreten werden. Statt Sicherung des durch Arbeitskämpfe erreichten durch Tarifverträge, bevorzugten die Ortsvereine der FVdG weitere Angriffskämpfe in den Betrieben bis hin zum Generalstreik. [1]

Die Prinzipien der FAUD

Aus der FVdG ging nach dem 1. Weltkrieg unter tatkräftiger Mithilfe Rudolf Rockers im Jahre 1919 die Freie Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) hervor und erlangte durch die ausgearbeitete Prinzipienerklärung ein deutliches anarcho-syndikalistisches Profil. Das beinhaltete auch die Ablehnung des Tarifvertragssystems, welches im Dezember vom Rat der Volksbeauftragten als rechtsschöpferischer Faktor anerkannt worden war. Als Garant dieses Rechtsverhältnisses fungierte (manifestiert in der Weimarer Reichsverfassung) der Staat, welchen die Anarcho-Syndikalistischen GewerkschafterInnen im Gegensatz zu den Zentralverbänden grundsätzlich ablehnten. Die Konsequenzen wurden im "Syndikalist" (Organ der FAUD) so beschrieben:

1. Können die Arbeiter unter den Bedingungen des Tarifsystems nicht mehr unmittelbar für ihre Interessen kämpfen (Friedenspflicht, d.h. Burgfrieden im Betrieb, Einschränkung des Kampfmittels der "Direkten Aktion")
2. sind sie gezwungen, den Kampf zu delegieren und können dessen Ergebnisse nicht mehr kontrollieren (Zentralisierung)
3. sind die Arbeiter in der Führung ihrer Arbeitskämpfe nicht mehr flexibel, d.h. sie können sich im Kampf um den Preis ihrer Arbeitskraft nicht mehr den je spezifisch regionalen, innerhalb der einzelnen Industriebranchen unterschiedlichen und konjunkturellen Bedingungen anpassen. (Zentralisierung)
4. bedeutet das Tarifwesen "Lähmung jeder Aktionsfreudigkeit", besonders durch das Schlichtungsrecht und die Friedenspflicht, sowie durch die finanzielle Organisationshaftung im Organisationsvertrag. [2]

Kurswechsel

Infolge der Stabilisierung der Klassenlage in der Weimarer Republik u.a. durch die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1920, der Inflation von 1923 und schließlich durch die Einführung der Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, sowie der schwindenden Zuversicht auf eine baldige revolutionäre Veränderung des Staats- und Wirtschaftssystems, sanken die

Mitgliederzahlen der FAUD Mitte der zwanziger Jahre auf weniger als die Hälfte und bis 1930 auf weniger als ein Zehntel der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die FAUD verfügte so bis auf wenige Ausnahmen über keine relevante Massenbasis in den Betrieben mehr.

Demgegenüber wurden die mitgliederstarken ADGB- Gewerkschaften erfolgreich in das kapitalistische Wirtschaftssystem und das politische System integriert, die FAUD trotz ihrer ständigen Appelle gegen die "Wirtschaftsdemokratie" marginalisiert. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiter entschied sich für den generellen Betriebsfrieden und gegen die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise.

Befanden sich die mitgliederstärksten FAUD- Verbände an Rhein und Ruhr schon in den vorangegangenen Jahren in Opposition zur Reichsweiten Theorie und Praxis, so begann von dort ausgehend eine Reflexion über den Grundsatz der Ablehnung von Tarifverträgen einzusetzen. Solange im Gegensatz zu der rapide sinkenden Mitgliederzahl perspektivisch an einen Aufschwung der Bewegung nicht zu denken sei, wollten einige Ortsvereine der FAUD wenigstens einen "Waffenstillstand" mit den Kapitalisten Vorort aushandeln.

Geschäftskommission lenkt ein

Auch Augustin Souchy als Angehöriger der prinzipientreuen Geschäftskommission der FAUD in Berlin gab 1927 der veränderten Lage in Deutschland nach und befürwortete in einem Beitrag in "Die Internationale" (Theorieorgan der FAUD) Tarifverträge, wenn sie möglichst kurzfristig angelegt seien, um den Aktionsspielraum noch so groß wie möglich zu halten. Tarifverträge seien bloßer Ausdruck vorangehender Betriebskämpfe. Die kämpfenden Arbeiter hätten, gerade in Anbetracht des reichsweiten allgemeinen Rückgangs revolutionärer Tätigkeiten in den Betrieben, ein Recht darauf, ihre Errungenschaften auch rechtlich abzusichern. Reformen wurden ab Mitte der zwanziger Jahre als legitimes Mittel auf dem Weg zur revolutionären Veränderung angesehen, wenn die Anwendung syndikalistischer Kampfformen keine weiteren Erfolge versprächen.

1929 wurden seitens einzelner FAUD Ortsvereine Tarifverträge abgeschlossen, so im Ruhrgebiet bei den Fliesenlegern und Groß-Berlin (Manteltarifvertrag) bei den Kistenmachern.

Die ADGB- Gewerkschaften machten auch innerbetrieblich in Kollaboration mit den Unternehmern gegen anarcho-syndikalistische Aktivitäten und Kollegen mobil, was zu zahlreichen Entlassungen von FAUD- Mitgliedern führte und damit zum drohenden Verlust der verbliebenen betrieblichen Basis der FAUD auch in deren Hochburgen. Hinzu kam der Alleinvertretungsanspruch der ADGB- Gewerkschaften auch im Tarifrecht, womit von revolutionären Gewerkschaften abgeschlossene Tarifvereinbarungen mit dem Unternehmertum gesetzlich für ungültig erklärt werden konnten.

Beschluß Reichsarbeitsgericht

In zweiter Instanz wurde der FAUD die Tariffähigkeit mit folgender Begründung vom Reichsarbeitsgericht (RAG- Leipzig) abgesprochen: Eine Organisation, deren Bestrebung dahin geht, die Arbeiter zum Klassenkampf im Wege der direkten Aktion zu veranlassen, kann nicht gleichzeitig Bindungen eingehen, wie sie der Abschluß von, wenn auch nur kurzfristigen, Tarifverträgen zur Folge hat. Die der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) angeschlossenen Verbände, die das geltende Tarif- und Schlichtungswesen nicht als für sie verbindlich anerkennen, sind daher nicht tariffähig. [3]

Schon das Landesarbeitsgericht (LAG) Duisburg hat aus denselben Gründen unter Berufung auf die Prinzipienerklärung der FAUD von 1919 und der programmatischen Grundlage der FAUD (laut Beschluß vom 16. Kongreß 1927) die Tariffähigkeit der FAUD als nicht gegeben angesehen. Die Kompromissstrategie der FAUD wurde durchschaut. Denn obwohl die "Tariffähigkeit als satzungsmäßiges Ziel der Vereinigung" (FAUD) vom LAG in den Statuten der FAUD ausgemacht worden war, dass aber "trotz des Wortlauts der Satzung der wirkliche Zweck der FAUD nicht, auch nicht nebenher, auf Abschluß ernstgemeinter Tarifverträge gerichtet ist." Das Reichsarbeitsgericht formulierte diese Einschätzung so: "Diesem Abschlusse einzelner Tarifverträge können Erwägungen rein taktischer Natur zugrunde liegen, die es haben angezeigt erscheinen lassen, die Durchführung der Grundsätze der Prinzipienerklärung auf Zeit zurückzustellen. Das Landesarbeitsgericht hat sich deshalb mit Recht auf den Standpunkt gestellt, es könne aus dem Abschluß einzelner Tarifverträge noch nicht ohne weiteres gefolgert werden, dass nun auch eine grundsätzliche Bereitschaft bestehe, die durch die Gesetzgebung getroffene Regelung des Tarifvertrags- und Schlichtungswesens als verbindlich anzuerkennen. (...) Solange daher die der FAUD angeschlossenen Vereinigungen sich zu den Grundsätzen bekennen, wie sie vorstehend dargelegt sind, muß auch damit gerechnet werden, dass die diesen Vereinigungen angehörenden Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge diesen mit der Bindung an Tarifverträge nicht vereinbarten Grundsätzen entsprechend handeln. (...) muß der Tarifkontrahent, der die im Tarifvertrag bestimmten besonderen Verpflichtungen und die Friedenspflicht übernimmt, dem Vertragsgegner eine Gewähr der eigenen Tariftreue und der Einflussnahme auf die Mitglieder im Sinne des Vertrages bieten. (...) Anmerkung (...) Zu einer solchen Einflussnahme ist er auch gar nicht in der Lage, da die Mitglieder nicht verpflichtet sind, keiner derartigen Einwirkung Folge zu geben." [4]

Urteilkritik und Ende der FAUD

Fritz Linow (FAUD) kritisierte in einem Beitrag in der "Internationale" die mangelnde Definition des Begriffs "direkte Aktion" auf welchen sich das Gerichtsurteil in jeder Beziehung stützte und den Mangel an Beweisen für die unterstellte Absicht, die FAUD wolle Tarifverträge brechen. Die Ablehnung des Schlichtungsverfahrens durch die FAUD sei völlig legitim, da Schlichtungen immer auf Freiwilligkeit beruhen würden. Und Freiwilligkeit könne" nicht durch einen einfachen Gerichtsbeschluß zu einem Zwang gestempelt werden." Der Abschluß von Tarifverträgen auf lokaler Ebene beweise die Tariffähigkeit eher, als dass sie Gründe böten, die Tariffähigkeit nicht anzuerkennen, aufgrund angeblicher und nicht definierter Widersprüche. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass der "Tarifvertrag (...) immer nur eine taktische

Maßnahme (ist), denn er entspring(e) keinem Prinzip, sondern den Verhältnissen." [5]

Das RAG wurde darauf hingewiesen, dass auch "tariffähige" Gewerkschaften im Arbeitskampf Mittel der direkten Aktion anwenden – ohne Erfolg. Demgegenüber gelang es der Industrieföderation der Bauarbeiter (FAUD) von Arbeitsgerichten anerkannt zu werden. Diesen Trend gälte es zu verstärken, um weiteren Mitgliederschwind zu verhindern. [6]

In den Folgejahren gelang es der FAUD weder tariflich, noch außertariflich, verstärkt in den Betrieben Fuß zu fassen. Nicht wenige Ortsvereine beteiligten sich sogar an Betriebsratswahlen, in der Hoffnung, den Mitgliederrückgang aufzuhalten. Die Marginalisierung in der Mitgliederstärke schritt jedoch voran und erreichte 1932 einen Tiefstand von Reichsweit etwa 4.300 Mitgliedern, bis sie 1933 verboten wurde.

Doch "leider zeigte sich in letzter Zeit bei uns ein Kurs, der das Schwergewicht auf die Börsen legte und die Industrieföderationen als ihre Anhängsel betrachtete. Das ist vielleicht auch eine Ursache der Stagnation. Berufliche Einseitigkeit kann man gerade uns in der Metallindustrie nicht vorwerfen, die wir unter ganz verschiedenartigen Bedingungen einem mächtigen Unternehmertum gegenüberstehen. Wir erfassen unsere Genossen nicht als Berufsangehörige, sondern als Lohnsklaven einer Industrie. Die Stagnation werden wir vielleicht am besten überwinden, wenn wir wieder mehr auf den Betrieb zurückgreifen und den Börsen die Stellung geben, die ihnen zukommt. Die Börsen sollen nicht Aufsichtsorgane der Föderationen sein, sondern Beauftragte der in den Föderationen zusammengeschlossenen Produzenten." (Genosse Busch, Metallarbeiterföderation auf dem 18. Kongreß der FAUD)

"Die FAUD ist leider eine Minderheitsbewegung, aber sie wird die Arbeiter nur in ihren Reihen halten, wenn sie ihre Interessen vertreten kann.(...) Ich bin der Meinung, dass der Anarcho-Syndikalismus nur existenzberechtigt ist, wenn er in der Lage ist, praktisch die Gesetze des Lohnkampfes – und dazu gehört auch die Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen – richtungsgebend zu beeinflussen. Verfehlt ist der Einwurf, dass wir Opportunisten seien, wenn wir die Interessenvertretung pflegen. Ich bin der Meinung, dass der Anarchismus überhaupt erst dann lebendige Gestalt annimmt, wenn seine Grundsätze im Klassenkampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf ihre Stichhaltigkeit untersucht werden. Kann der Anarchismus dort mit dem Kapitalismus seine Klinge kreuzen, dann ist er innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gesund. Es kommt nur darauf an, Mittel und Wege zu suchen, breitere Kreise der Arbeiterschaft davon zu überzeugen, dass man nicht abwarten soll, was der große Zentralverband tut, sondern dass man aus eigenem die Lohn- und Arbeitsbedingungen gestalten muß. Es kommt darauf an, eine revolutionäre Aktionsgemeinschaft zu besitzen. Von diesem Standpunkt aus haben wir die selbstverständliche Pflicht, die Frage aufzuwerfen, was nun künftig geschehen soll nach der ablehnenden Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts. (Fritz Linow auf dem 18. Kongreß der FAUD)

H. (FAU- Bremen)

Aus: "Direkte Aktion" Nr. 155 (Februar 2003)

Arbeitsrechtliche Stellungnahme zu dem Urteil bzgl. der FAUD

"Die politische Einstellung des Verbandes ist gleichgültig (Anm.: für die Tariffähigkeit). Auch revolutionäre, kommunistische, syndikalistische, vaterländische Verbände können tariffähig sein. Jedoch wird auch dieser selbstverständliche Grundsatz wesentlich eingeschränkt. Nur sollen die Verbände tariffähig sein, wenn sie das geltende Schlichtungs- und Tarifrecht anerkennen und für Durchführung der Tarifverträge sorgen wollen.

Diese Einschränkungen sind völlig unverständlich. Schlichtungs- und Tarifrecht gelten, ob sie von den Verbänden anerkannt werden oder nicht. Die Parteien sind zur Durchführung der Verträge verpflichtet, wenn sie sie abgeschlossen haben. Ihre Weigerung, sie zu erfüllen, macht sie schadensersatzpflichtig.

Die beiden oben genannten Entscheidungen (Anm.: zur FAUD und zur "Fraktion der oppositionellen Eisenbahner" in Königsberg mit etwa 1130 Mitgliedern) sind völlig unverständlich. Sie stehen auch im Widerspruch zu der Rechtsprechung des RAG, durch die "gewollte Tarifunfähigkeit" nicht anerkannt wird."

Franz Neumann, Tarifrecht auf der Grundlage der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts, Berlin, 1931, S. 34

Literatur:

- * Dersch Dr., Hermann u.a. (Hrsg.): Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte, Bd. 9, Mannheim 1930
- * FAUD: Unser Weg. Prinzipienerklärung des Anarcho-Syndikalismus, Berlin 1932
- * "Die Internationale", Organ der FAUD Heft 9/ 10, 3. Jg. (1930)
- * Klan, Ulrich/ Nelles, Dieter: "Es lebt noch eine Flamme", Grafenau 1990
- * Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der FAUD von 1930, Berlin 1930
- * Vogel, Angela: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus, Berlin 1977, S. 189-210

Fußnoten:

[1] Vgl.: Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, S. 80 f.

[2] "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 8

[3] Dersch Dr., Hermann u.a. (Hrsg.): Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte, Bd. 9, Mannheim 1930

[4] Dersch Dr., Hermann u.a. (Hrsg.): Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte, Bd. 9, Mannheim 1930

[5] "Die Internationale", Organ der FAUD Heft 9/ 10, 3. Jg. (1930)

[6] Protokoll über die Verhandlungen des 18. Kongresses der FAUD von 1930, Berlin 1930

Originaltext: www.fau-bremen.de.vu